

**Dr. Mahdi Imanipour**

## **Liberaler Demokratie und die Erfahrung der religiösen Demokratie**

In den letzten Jahrzehnten haben westliche Theoretiker versucht, die Begriffe „Demokratie“ und „Liberalismus“ entweder als gleichbedeutend zu suggerieren oder sie zumindest als unzertrennliches und selbstverständliches Begriffspaar darzustellen; das Beharren auf dieser engen Verknüpfung führt letztendlich zum Tod der Demokratie. Es liegt auf der Hand, dass durch das Suggestieren dieser Sichtweise sonstige Staatsformen als „undemokratisch“ etikettiert und abgewiesen werden, ohne die Chance zu erhalten, sich richtig vorzustellen.

Um die Hintergründe und den Wahrheitsgehalt der o.a. Behauptung zu prüfen, soll in diesem Beitrag zunächst versucht werden, einen Blick auf die Schlüsselbegriffe zu werfen. In einem weiteren Schritt wird der Frage nachgegangen, ob es sich bei Liberalismus und Demokratie um ein festes oder ein unstabiles Begriffspaar handelt. Abschließend wird die *religiöse Demokratie* als die wichtigste Errungenschaft der Islamischen Revolution

in Iran und zugleich als ein geeignetes Modell und eine neue Erfahrung im Bereich der Demokratie präsentiert.

Bei der Schilderung des Liberalismus-Begriffs als der dominierenden politischen Ideologie der Gegenwart ist die Beleuchtung von dessen Grundlagen unerlässlich. Den höchsten Wert bei den Liberalen und „Neoliberalen“ bildet „die Freiheit des Individuums“. Die Lexika definieren den Liberalismus als eine Theorie, nach der sich der Staat in die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Bürgerinnen und Bürger nicht einmischen darf. Der Liberalismus entstand in einer Zeit, in der durch den produktionstechnischen Fortschritt, große Mengen an Kapital entstanden sind. Die Kapitalisten wollen den Markt und ihr Eigentum unter ihrer Kontrolle haben und sehen den Staat in den drei Bereichen der Produktion, der Distribution und des Konsums des Kapitals als ein Hindernis. Daher versuchen sie, die Staaten in ihrem Handlungsradius einzuschränken, wodurch die ersten Weichen für Liberalismus gestellt werden. Auch dieser Liberalismus spricht von Freiheit, aber er meint damit die Freiheit der Kapitalproduktion und der Marktkontrolle. Somit wird der Liberalismus aus dem wirtschaftlichen Kontext geboren. Er bleibt jedoch nicht in wirtschaftlichen Grenzen, sondern greift auf andere Lebensbereiche über. Die Tendenz dieses Übergreifens auf politische und sogar ethische Bereiche geht mit dem sukzessiven Rückzug der Kirche aus dem westlichen Gesellschaftsleben einher. Mit dem Niedergang der Religion und generell der Metaphysik entsteht der Humanismus als Hauptsubstanz des Liberalismus. Bei Liberalismus geht es in erster Linie und im Wesentlichen um den Menschen. Der Mensch dürfe demnach machen, was er will, und weder Gott noch der Staat dürften sich in die Angelegenheiten des Menschen einmischen. Der Stellenwert der individuellen Freiheit steigt in dieser Sichtweise dermaßen, dass er zum höchsten politischen Wert wird, und kein anderes Recht erreicht die Stellung des Rechts auf Freiheit. Zur Verwirklichung des modernen

Menschen in der liberalen Gesellschaft reicht einzig und allein dessen Recht auf Freiheit.

### **Was bedeutet „Demokratie“?**

Dieses Wort ist eine Zusammensetzung vom griechischen „demos“ (Volk) und „kratia“ (Macht, Herrschaft). Der Demokratiebegriff wurde in klassischen Texten als „Herrschaft der Menschen über Menschen und für Menschen“ definiert. Dieser Begriff entstand als politischer Gedanke in der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts v. Chr. in Athen und gehört zu den wenigen politischen Begriffen, die in den letzten zwei Jahrhunderten eine enorme Beachtung und Verbreitung erfahren haben. Er hat in seiner langen Geschichte einen unwegsamen Weg durchlaufen, ist aber dennoch Begegnungsort der Gedanken und Ideale eines großen Teils der Menschen. Mit Gewissheit kann man behaupten, dass im Gebrauch dieses spektakulären Begriffs nach wie vor Uneinigkeit herrscht. Der Politologe David Held bezeichnet die Geschichte des Demokratiedenkens als kompliziert und die Geschichte der Demokratie selbst als verwirrend. Viele Denker bezeichnen die Demokratie als ein System mit Mankos, doch verglichen mit anderen politischen Systemen weist diese Herrschaftsform weniger Unzulänglichkeiten auf. David Held und Carl Cohen haben in ihren Werken „Die Demokratiemodelle“ und „Die Demokratie“ diverse Interpretationen des Demokratiebegriffes gesammelt und präsentiert. Hier stößt man auf Interpretationen, deren Theoretiker versucht haben, die Demokratie so zu schildern, dass sie gleichbedeutend mit „Liberalismus“ oder zumindest als deren ständige Begleitung verstanden wird.

Im Zusammenhang mit der „Vermischung“ von Liberalismus und Demokratie wird durch die o.a. Definitionen und folgenden Erläuterungen deutlich, dass es keinerlei rationale bzw. theoretische ob-

ligatorische Parallelität zwischen diesen beiden Begriffen gibt, und dass deren Vermischung in der Praxis viele Probleme bereitet.

Wir wissen, dass die Liberalen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts die Demokratie nur ungern als die Herrschaft der Mehrheit verstehen wollten. Die Demokratie galt bei ihnen als die Herrschaft der ungebildeten und störenden Massen. Erst in letzter Zeit schließt sich der Liberalismus der Demokratie an, wodurch liberaldemokratische Institutionen entstehen.

Aus theoretischer Sicht resultiert die Gleichstellung bzw. die notwendige Begleitung von Liberalismus und Demokratie aus der Verwechslung der Demokratie als Methode mit derselben als Grundlage. Demokratie als Methode ist rational und realisierbar, und die Geschichte zeigt, dass kein Staat ohne Akzeptanz und Unterstützung aus dem Volk lange währen kann. Doch die Bezeichnung der Stimmen der Mehrheit als das Rechte und die Legitimierung des Volkswillens als Maßstab der Wahrheit sind Liberalismus und keine Demokratie. Platon und seine Nachfolger bezweifeln die Stimme der Mehrheit als Maßstab für die Wahrheit. Er ist der Überzeugung, dass, um die ideale Form der Herrschaft zu erreichen und die gesellschaftlichen Ziele der Menschen zu bestimmen, wir eine ganzheitliche Schau der Wahrheit brauchen, um den Weg des Menschen zur Glückseligkeit bestimmen zu können. Platon ist davon überzeugt, dass die Schicksale der Gesellschaften und Regierungen als wichtigster gesellschaftlicher Bestimmungsfaktor für Menschen nicht dem Wunsch und der Lust der Menschen überlassen werden dürften. Er lehrt deshalb „die Herrschaft des Rechten als Mittel zur Sicherstellung der wahren Glückseligkeit des Menschen“.

Aber in praktischer Hinsicht ist die notwendige Begleitung und Parallelität von Liberalismus und Demokratie im Sinne von vorbehaltloser Akzeptanz der Stimmen der Mehrheit schon längst verblasst.

Die Entwicklung der Philosophie der Demokratie im Westen macht deutlich, dass in der Zeit nach der Renaissance die praktische Möglichkeit der tatsächlichen Beteiligung der Menschen durch das Mehrheitsprinzip ständig fraglicher geworden ist, wodurch stets die tatsächlichen Anteile der Mehrheit an der politisch-gesellschaftlichen Struktur geringer und die Wünsche der Minderheiten und Einzelpersonen bedeutender und legitimer geworden sind. Im Endeffekt beschränkt sich die Volksbeteiligung förmlich auf einige gesellschaftliche Aktionen wie z.B. den Urnengang oder die Mitwirkung bei Gewerkschaften.

Der Westen betont stets den Wert der Mehrheitsstimmen und tadelt diesbezüglich die anderen Länder, während die ersten Pioniere der Demokratiekritik aus dem Westen kommen.

Libérale Denker haben seit Jahren die Nutzung der Mehrheitsstimmen außerhalb der liberalistischen Grundlagen und Formen unmöglich gemacht. Was für Karl Popper und Denker seiner Art wichtig ist, ist die Erfüllung der Willen und Wünsche der einzelnen Individuen nach Möglichkeit und nicht deren kollektive Zufriedenheit. Nicht selten hat Popper vor der eventuellen Zerstörung demokratischer Institutionen durch Mehrheitsstimmen gewarnt. Es wird also deutlich, dass es nicht nur um die notwendige Koexistenz von Demokratie (im Sinne von Mehrheitsstimmen) und Liberalismus geht, sondern sogar deren Vermischung sowohl aus theoretischer als auch aus praktischer Sicht fraglich ist.

Die Erfahrung der Demokratie auf der Basis der Mehrheitsstimmen im Westen hat gezeigt, dass der Wille der Mehrheit nicht immer zum Schutz und zur Verteidigung der im Liberalismus-Gedanken thematisierten Freiheiten benutzt wird. Sogar das Fehlen einer Kontrolle über die Stimmen der Allgemeinheit kann unter Umständen zu faschistischen Herrschaftsformen und dgl. führen. Aus diesem Grund wird heute oft

anstatt einer pluralistischen Demokratie - eine Art Eliten-Demokratie propagiert, wodurch die politischen Parteien in die Lage versetzt werden, die Entscheidungen der Öffentlichkeit zu beeinflussen und „soziale Abweichungen“ zu verhindern. Die Kritiken der letzten Jahrzehnte am Modell der westlichen Demokratie, welche diesen politischen Gedanken Schwierigkeiten bereitet haben, wie z.B. Minderheitsstimmen als Mehrheitsstimmen, Beeinträchtigung des öffentlichen Bewusstseins, die Herrschaft von Kartellen, Lobbyismus, der übermäßige Einfluss von Zionisten, Gegensatz zwischen nationalen Interessen und individuellen Freiheiten usw. zeugen von Problemen der liberal geprägten Demokratien.

Wir haben es also gegenwärtig mit einer bedingten und beschränkten Form der Demokratie mit speziellen Werten und Prinzipien zu tun. D.h. wenn wir die Mehrheitsstimmen als die Substanz der Demokratie betrachten, haben die Mehrheitsstimmen in der eingeschränkten Demokratie keinen absoluten Wert mehr, sondern die Mehrheitsstimmen müssen sich an bestimmte Prinzipien und Werte anpassen. Durch ebendiese Sichtweise ist die liberale Demokratie im Westen entstanden. Die Idee der kontrollierten Demokratie basiert auf dem Prinzip, dass viele grundlegende Rechte, Werte und ethische Grundlagen unabhängig von Mehrheitsstimmen existieren und weil die Legitimität dieser Rechte und Werte auf Gesetze und Stimmen der Mehrheit nicht angewiesen ist, können sie als Regulierungsfaktor im Prozess der demokratischen Entscheidungsfindung fungieren. Es stellt sich nun die entscheidende Frage, welche grundlegenden Prinzipien und Werte als Rahmen für Mehrheitsstimmen eine Rolle spielen dürfen? Der Liberalismus versucht sich als einziges kompetentes Element der Demokratisierung durchzusetzen, während die Demokratie und die Herrschaft der Mehrheit auch in anderen Kontexten wie dem religiösen realisierbar sind.

Richard Rorty (ehemaliger Vorsitzender des Vereins der Philosophen der USA) spricht vom Relativismus in der Demokratie. Nach seiner Meinung wird die liberale Demokratie nicht durch deren Argumentationen, Werte und Prinzipien rechtfertigt, sondern durch die Annahme der liberalen Kultur in westlichen Gesellschaften als eine tradierte und akzeptierte Kultur. Die Tatsache, dass die heutigen westlichen Gesellschaften die liberale Demokratie – aus welchen Gründen auch immer - angenommen hätten, sei ausreichend für die Rechtfertigung und Rechtmäßigkeit der liberalen Demokratie. Daraus kann man schließen, dass das Modell der liberalen Demokratie für islamische Gesellschaften nicht geeignet sei, weil sie diese nicht angenommen hätten.

Die Demokratie als eine nur im Westen konstruierte Staatsform, nach der alle anderen Regierungssysteme in der Welt gebildet werden sollen, ist ein sinn- und ergebnisloser Gedanke. Denn die liberale Demokratie wurde aufgebaut auf Laizismus und Individualismus: daher ist eine Übertragung dieser Form auf Länder, die an diese Prinzipien nicht glauben, genauso unrealisierbar wie das Verlegen eines Gebäudes ohne dessen tragende Säulen. Die Deutung der Demokratie in ihren westlichen Formen und deren uneingeschränkte Übertragung auf die ganze Welt wird zwar von Theoretikern wie Fukuyama angestrebt, doch die gerechteren Analytiker und sogar die Anhänger der Demokratie betrachten diese Idee mit Skepsis.

Im Jahre 2003 veröffentlichte NewYork Times einen analytischen Bericht über die Lage in Iran und schilderte die Demokratie in der islamischen Welt: „Während die religiöse Demokratie nach Meinung von vielen Amerikanern ein Widerspruch in sich ist, kann sie doch als ein neues Modell bezeichnet werden. ... Die USA selbst sind ein Modell der religiösen Herrschaft nach protestantischen Werten, und die Religion spielt nach wie vor eine entscheidende Rolle in der US-amerikanischen Gesetzgebung und Politik ... Die USA sollten aus dem Irak-Konflikt

lernen, dass das amerikanische Demokratie-Modell im Nahen Osten nicht unbedingt realisierbar ist und auch nicht realisierbar sein muss. Die Demokratie ist ein umstrittener Begriff, für den es weltweit keine einheitliche und akzeptable Definition gibt. Die einzige demokratische Lösung im Nahen Osten ist die Akzeptanz der religiösen, kulturellen und einheimischen Komponenten des jeweiligen Landes“.

Die Annahme der Tatsache, dass die Religion ein unzertrennlicher Bestandteil der islamischen Gesellschaften sei, hilft uns dabei, logische Lösungen für eine realistische Demokratie für diese Gesellschaften zu finden. Das Bestehen auf einer Übertragung der liberalen Demokratie auf die ganze Welt versperrt anderen Gesellschaften den Demokratisierungsweg und verhindert die weltweite Förderung der Demokratie.

Viele Analytiker sind der Meinung, dass die Islamische Revolution in Iran die Folge der Versuche der iranischen Herrscher war, das iranische Gesellschaftsleben zu säkularisieren. Die Reden des Gründers der Islamischen Republik Iran vor und nach der Revolution über die Islam-Forderung des iranischen Volkes und das Ergebnis des Referendums über die Staatsform Islamische Republik, welche mit absoluter Mehrheit der Stimmen befürwortet wurde und die Gründung der Islamischen Republik Iran ermöglichte, sind Beweise dafür, dass man die Religion vom politischen Denken des iranischen Volkes nicht trennen kann.

Der Sieg der Islamischen Revolution und die 34jährige Existenz der Islamischen Republik Iran beweisen die Haltlosigkeit der Behauptung, dass die Demokratie mit der religiösen Herrschaft nicht vereinbar sei. Nach Rortys Theorie lässt sich zumindest die andauernde Annahme dieser Staatsform durch das Volk als Grund für deren Legitimität verstehen.



Im Folgenden wird versucht, auf die Grundlagen der religiösen Demokratie aus der Sicht der Revolutionsführer der Islamischen Republik Iran als die größte Errungenschaft der Islamischen Revolution in Iran einzugehen.

Die religiöse Demokratie als eine Methode der islamischen Gesellschaftsführung basiert auf Prinzipien, die mehrmals durch den Gründer der Islamischen Republik Iran und den jetzigen Revolutionsführer thematisiert worden sind:

### **1. Die Volksbeteiligung**

Die Verfassung der Islamischen Republik Iran betont einerseits die göttliche Herkunft des Herrschaftssystems und andererseits die wichtige Rolle, die die Menschen bei der Wahl ihrer Führer, Politiker und Volksvertreter spielen. Dadurch werden alle Institutionen und Zuständigen im System – vom Revolutionsführer bis zu den islamischen Gemeinden und Kommunen in den Städten und Dörfern – direkt oder indirekt vom Volk gewählt. Sogar die Kontrollinstanzen wie z.B. der Wächterrath werden praktisch indirekt durch das Volk gewählt. Die Hälfte der Juristen dieses Gremiums wird durch das Parlament und die andere Hälfte vom Revolutionsführer gewählt. Der direkt gewählte Expertenrat spielt eine Rolle bei der Bestimmung des Revolutionsführers.

Somit lässt sich behaupten, dass die Islamische Republik Iran in dieser Hinsicht das populärste und demokratischste politische System unserer Zeit ist. Im Durchschnitt hat das iranische Volk in den letzten 34 Jahren jedes Jahr an Wahlen (Expertenrats-Wahlen, Präsidentschaftswahlen, Parlamentswahlen, Kommunalwahlen) teilgenommen.

Dieses politische Engagement macht deutlich, welche wichtige Rolle die Menschen bei der Selbstbestimmung gespielt haben. In einer religiösen Demokratie bilden die religiösen Führer nach dem Willen des Volkes

und durch dessen Stimmen die Regierung. Der Gründer der Islamischen Republik Iran hat 1978 bei seiner ersten Rede nach seiner Ankunft in Iran Folgendes gesagt: „Durch die Unterstützung des Volkes bestimme ich die Regierung.“

## **2. Die Herrschaft Gottes, Werteorientierung und religiöse Ideale**

Die Gegenüberstellung von Volkswillen und Willen Gottes gehört zu den Errungenschaften der Aufklärung und des Mittelalters im Westen, was ungewollt auch auf andere Religionen übertragen wurde. Doch bedeutet aus islamischer Sicht „Volksherrschaft“ keinesfalls das Negieren der „Werteorientierung“, und die islamischen Volksmassen sehnen sich in der Tat nach der Volksherrschaft. Die Verfassung der Islamischen Republik Iran, die zwei Referenda durchlaufen hat, interpretiert die Volksbeteiligung und Selbstbestimmung nicht nach humanistischen Maßstäben, sondern die Grenzen und die „Reichweiten“ des Gottesstaates werden sowohl bei der Gesetzgebung als auch bei der Bestimmung der Führer berücksichtigt. Im politischen Denken des Islam sind alle – die Herrscher und das Volk – verpflichtet, göttlichen Urteilen und Werten zu folgen.

## **3. Verantwortung vor dem Volk und das Recht des Volkes auf Aufsicht**

In einer religiösen Volksherrschaft gelten die Menschen als „Wohltäter“ und „Gönner“, und ihre Rechte haben Vorrang vor den Rechten der „Administratoren“. Die Volksaufsicht und die Verantwortung vor dem Volk sind Pflichten. Die Verfassung der Islamischen Republik Iran sieht diesbezügliche Institutionen vor. Eine der Aufgaben der vom Volk gewählten Abgeordneten im Expertenrat ist beispielsweise die Aufsicht über den religiösen Führer. Nach Artikel 111 der Verfassung darf der Expertenrat den religiösen Führer seines Amtes entheben, wenn der Rat

feststellt, dass der Führer nicht imstande ist, seinen Pflichten nachzugehen.

#### **4. Gesetzesorientierung**

Da die Kohärenz der Angelegenheiten und die nationale Einheit nur durch Einhaltung der Gesetze und Vorschriften realisierbar sind, genießt in einer religiösen Volksherrschaft niemand und nichts Vorrangigkeit vor dem Gesetz. In der Islamischen Republik Iran sind alle Menschen in gleichem Maße verpflichtet, sich an Gesetzen zu orientieren, die durch die Religion und die Volksvertreter bestätigt worden sind. Nach Artikel 107 der Verfassung ist der religiöse Führer als höchste offizielle Persönlichkeit des Landes vor dem Gesetz gleichrangig mit jedem anderen Bürger. Der Revolutionsführer bezeichnet die Verfassung als „unser großes nationales, religiöses und revolutionäres Abkommen“.

Aus den o.a. Ausführungen kann man schließen, dass die religiöse Volksherrschaft als Haupterrungenschaft der Islamischen Revolution in Iran und als ein neues Modell bzw. eine neue Methode für die Staatsführung bezeichnet werden kann, das sich von anderen islamischen Staatsformen mit ähnlichen Bezeichnungen unterscheidet. Diese Staatsform, die als eine neue Erfahrung im politischen Diskurs der Welt erschienen ist, wird in der Lage sein, durch die Unterstützung des Volkes, solide Strukturen und Anwendung der dynamischen religiösen Vorschriften sämtliche Probleme zu bewältigen und eine neue Ära in der Geschichte der Demokratie einzuläuten.